

CDU-FRAKTION IM RAT DER STADT MÖNCHENGLADBACH

SPD-FRAKTION IM RAT DER STADT MÖNCHENGLADBACH

Brucknerallee 126
41236 Mönchengladbach
☎ 02166 6757510 Fax: 02166 6784906
E-Mail: spdratmg@itbank.de
www.fraktion-spd-mg.de

Fraktionsantrag (Tischvorlage):

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren 20.09.2018

Beratungsgegenstand

Änderungsantrag: Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Mönchengladbach nach dem Beispiel der Initiative der Städte Düsseldorf, Köln und Bonn, 3328/IX

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren beschließt, die Verwaltung wird gebeten, in einer der kommenden Sitzungen folgende Fragen zu beantworten:

- 1) Wie sieht das Konzept zur Sicherstellung von ausreichenden Unterbringungskapazitäten für geflüchtete Menschen in der Stadt Mönchengladbach aus? Welche der geschaffenen und angemieteten Flächen stehen dauerhaft zur Verfügung und welche Möglichkeiten können kurzfristig bei Bedarf aktiviert werden? Zu diesen Fragestellungen wurde in der Vorlage „Betrieb von Flüchtlingsunterkünften“ 2703/IX eine weitere Berichterstattung zum Jahresende 2018 angekündigt.
- 2) Wie sehen langfristige Integrationsmaßnahmen aus? Welche Leistungsverträge mit Wohlfahrtsverbänden bleiben erhalten und wie werden diese ausgestaltet? Welche Angebote gibt es bei Kinderbetreuung und in den Schulen? Welche Verknüpfungen gibt es zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und zum Quartierskonzept? Zu diesen Fragestellungen wurde in der Vorlage „Soziale Flüchtlingsbetreuung in Mönchengladbach“ 2682/IX eine weitere Bedarfsprüfung bis spätestens Ende 2019 angekündigt.

Die Menschen in Mönchengladbach haben bewiesen, dass sie helfen können. Wenn Menschen vor Not, Tod und Terror fliehen, finden sie in Mönchengladbach eine Stadt, die sich engagiert, hilft und den Weg zur Integration in unsere Gesellschaft aufzeigt. Auch 2015 hat die Stadt gezeigt, dass sie die geflüchteten Menschen aufnehmen kann, die nach dem Verteilungsschlüssel zugewiesen worden sind und sogar darüber hinaus.

Die Mönchengladbacherinnen und Mönchengladbacher blicken mit Sorge und Unverständnis auf die aktuelle Situation im Mittelmeer. Die Verteilung von geretteten Menschen aus dem Mittelmeer darf nicht an nationalen Egoismen scheitern. Es muss eine europäische Lösung der Verteilungsfrage geben. Einmal in Europa angekommen, muss schnellstmöglich geklärt werden, wer hier bleiben darf und wer wieder in sein Heimatland zurückkehren muss. Gleichzeitig müssen die Anstrengungen verstärkt werden, um Schleppern das Handwerk zu legen. Wir brauchen legale Wege der Migration, und daher begrüßen wir die Arbeit an einem Einwanderungsgesetz.

Es geht darum, Menschen in Not zu helfen und als Europäische Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Mönchengladbach wird dabei seinen Beitrag leisten und geflüchtete Menschen auch in Zukunft aufnehmen. Wir erwarten von allen staatlichen und europäischen Ebenen, dass eine schnelle Regelung im Sinne einer humanitären Lösung gefunden wird.

Mönchengladbach hat in den Jahren seit 2015 Erfahrungen damit gemacht, was es heißt, Menschen kurzfristig unterzubringen, zu betreuen und Integration zu ermöglichen. Integration setzt dabei voraus, dass sich hauptamtliche und ehrenamtliche Strukturen ergänzen. Beide Säulen mussten 2015 kurzfristig aufgebaut werden und haben eine immense Kraftan-

strengung von Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden etc. erfordert. Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung um einen aktuellen Sachstandsbericht gebeten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Mönchengladbach, den 20.09.2018

gez.

Ralf Horst

Sozialpolitischer Sprecher SPD-Fraktion

gez.

Ralf Kremer

Sozialpolitischer Sprecher CDU-Fraktion

gez.

Thomas Fegers

SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez.

Fabian Eickstädt

CDU-Fraktionsgeschäftsführer